

Medienmitteilung

Günstigere Generika - Ja, aber !

Der Verein der Schweizerischen Amts- und Spitalapotheker (GSASA) unterstützt im Grundsatz die Stossrichtung des Bundesamtes für Gesundheit. Er fordert jedoch eine vorausschauende Umsetzung und flankierende Massnahmen, die die Anwendungs- und Versorgungssicherheit berücksichtigen. Die aktuelle Heilmittelgesetzrevision bietet dazu Gelegenheit.

Der Verein Schweizerischer Amts- und Spitalapotheker hat sich während vielen Jahren dafür eingesetzt, dass die Verpackung und Beschriftung von Medikamenten verbessert wird, mit dem Ziel die Fehlerrate bei der Anwendung deutlich zu reduzieren und damit die Patientensicherheit zu verbessern.

Vor zwei Jahren konnte die GSASA gemeinsam mit den Industrieverbänden und der Patientensicherheit Schweiz Empfehlungen verabschieden, die aufzeigen, wie das gemacht werden kann. Das Heilmittelinstitut Swissmedic hat darauf eine Verwaltungsverordnung (AMZV) angepasst, um diese gemeinsamen Empfehlungen weitgehend zu übernehmen. Eine wichtige Empfehlung wurde jedoch nicht berücksichtigt: feste Arzneimittel sollen wenn immer möglich in Blistern und nicht in Gläsern abgepackt werden, um die Tabletten einzeln beschriften zu können.

Die GSASA befürchtet, dass wenn nur noch der Preis und nicht mehr die Qualität zählt, Hersteller von Generika in Zukunft auf die billigere Variante mit Gläsern ausweichen. Dies wäre insbesondere bei Hochrisikomedikamenten bewiesenermassen gefährlich. Zudem sind diese Gläser v.a. für ältere Patienten kaum zu öffnen, die Tabletten schwierig zu entnehmen.

Die GSASA fordert deshalb Herr Bundesrat Berset und das Bundesamt für Gesundheit dazu auf, Preissenkungen nicht auf Kosten der Qualität anzustreben und flankierende Massnahmen zu definieren. Zudem fordert die GSASA Swissmedic auf, Richtlinien zu erlassen, für welche Zwecke Gläser als Behälter für feste Arzneiformen auf dem Markt sein dürfen und für welche nicht.

Weiter weist die GSASA seit langem darauf hin, dass es immer wieder Lieferengpässe mit Medikamenten gibt. Es ist zu befürchten, dass die Pharmafirmen den zunehmenden ökonomischen Druck als prioritären Grund für zunehmende Lieferengpässe aufführen wird. Der Bund hat Massnahmen zur Verbesserung der Situation bei lebensnotwendigen Medikamenten definiert, diese begrüsst und unterstützt die GSASA.

Was dadurch nicht beschrieben ist, ist die Situation, dass bereits heute die Medikation von Patienten immer wieder umgestellt werden muss, weil der eine oder andere Lieferant keine Ware mehr hat.

Dies führt bei den Patienten zu grossen Verunsicherungen, untergräbt die Einnahmetreue und schadet der Patientensicherheit massiv. Die GSASA hat zusammen mit der Hplus, dem Dachverband der Spitäler beantragt, dass ein Passus ins Heilmittelgesetz aufgenommen wird, dass Lieferanten von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verpflichtet werden, sich abzeichnende Lieferengpässe zu melden.

Nur so kann wenigstens frühzeitig reagiert und die Überbrückung gezielt organisiert werden.

Kontakt:

Dr, pharm. Enea Martinelli
Leiter Ressort Politik GSASA
Chefapotheker Spitäler fmi ag, Interlaken

079 427 51 34 ; Freitag Nachmittag 26.9.2014 zwischen 14 Uhr und 17 Uhr